



Niederschrift

22. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. März 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 19 der Tagesordnung: Neubau Turmbergbahn: weiterer Projektfortgang und Kostenprüfung

Antrag: KAL

Vorlage: 2026/0064

Punkt 19.1 der Tagesordnung: Neubau Turmbergbahn: weiterer Projektfortgang und Kostenprüfung:

Konkretisierung der beantragten und erfragten Prüfungspunkte

Ergänzungsantrag: KAL

Vorlage: 2026/0064/1

Beschluss:

Kenntnisnahme von den Stellungnahmen der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 19 und 19.1 zur Behandlung auf.

Stadträtin Döring (KAL): Die Stadt Karlsruhe, dieses Gemeinderat, hat sich in den letzten Jahren, eigentlich Jahrzehnten, für große städtebauliche Maßnahmen entschieden. Einige haben Sie geerbt, Herr Oberbürgermeister. Die Kombilösung war bereits angestoßen. Den Neubau des Wildparkstadions, den brachten Sie in trockene Tücher. Hart gerungen wurde über die Entscheidung zum Erweiterungsbau des Staatstheaters oder die Sanierung der Stadthalle. Eines haben all diese Projekte gemeinsam: Sie prägen unsere Stadt. Sie waren nie unumstritten, belasten unsere Finanzen, und sie sind alle nicht im erwarteten Kostenrahmen geblieben. Und noch etwas zeigen diese Projekte: Kommunikation, vor allem hinsichtlich gestiegener Kosten, ist für die Akzeptanz von Großprojekten, für das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger, was mit ihrem Geld passiert, unerlässlich. Herr Oberbürgermeister, Sie haben uns zugesagt, dass der Öffentlichkeit und dem Gemeinderat gegenüber nichts mehr schöngerechnet wird. Transparenz, Ehrlichkeit, lieber noch mal einen Puffer einrechnen. Unsere Fraktion findet, das ist der richtige Weg.

Jetzt komme ich zu unserem Antrag und dem Ergänzungsantrag meiner Fraktion, um die es heute geht. Die Entscheidung für die Verlängerung der Turmbergbahn ist gefallen. Ja, wir hätten sie anders getroffen. Aber darum geht es nicht. Uns geht es darum, diesen Bau einer engen, transparenten und öffentlich nachvollziehbaren Kostenkontrolle zu unterziehen. Und dabei geht es nicht allein um die Kosten der VBK, sondern auch um die Kosten der städtischen Ämter, die rund um den Bau der verlängerten Turmbergbahn entstehen. Es geht auch um die Darstellung, inwieweit sind auch diese Kosten förderungsfähig und was trägt die Stadt allein. Es geht um die Darstellung der jetzt schon zu erwartenden Kostensteigerungen aufgrund gestiegener Baukosten. Es geht um die nachvollziehbare Berechnung der Betriebskosten auf Grundlage aktueller und nicht zwei Jahre alter Zahlen. Es geht um eine gute Projektsteuerung.

Hier komme ich zurück auf ein eben genanntes anderes großes Bauprojekt. Beim Staatstheater klappt es doch auch. Regelmäßig wird hier eine aktuelle Termin- und Kostenkontrolle dem Verwaltungsrat vorgelegt. Genau das wünschen wir uns auch für die Turmbergbahn. Weil das Projekt so wichtig und so stadtbildprägend für Karlsruhe ist, reicht es uns nicht, dass dies im Aufsichtsrat der VBK, in dem auch nicht alle Fraktionen vertreten sind, geschieht, sondern in einem gemeinderätlichen Gremium öffentlich tagend, damit auch die Menschen in Karlsruhe wissen, woran sie sind. Transparenz, Ehrlichkeit, Öffentlichkeit. Gerade in unserer finanziell so angespannten Lage mit den beschlossenen, harten Einschnitten, sind wir gegenüber den Menschen in Karlsruhe dazu verpflichtet.

Jetzt noch kurz zwei Sätze zur Antwort auf unseren Ergänzungsantrag, die jetzt erst kam. Das sehen wir gerade ein bisschen widersprüchlich. Auf der einen Seite sagt die Verwaltung die Informationen zu, auch im Gemeinderat. Auf der anderen Seite empfehlen sie, den Antrag abzulehnen. Da ist uns nicht ganz klar, was wir damit machen sollen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Ich glaube, man muss es gar nicht so lang machen, weil der Ergänzungsantrag unterscheidet sich nicht so sehr von dem ursprünglichen Antrag. Sie begehren eine Transparenz über die Kosten. Sie begehren Informationen über Baupreisentwicklungen. Und die Antwort ist ziemlich die gleiche wie in der öffentlichen Hauptausschusssitzung vor zwei Wochen. Die Verwaltung sagt Ihnen zu, dass die Informationen erfolgen. Die Verwaltung sagt Ihnen auch zu, dass Baupreisindizes eben erst retrospektiv bewertet werden können. Da das erste Quartal 2026 noch nicht beendet ist, können dafür noch keine Indexzahlen vorliegen, weil das immer erst im Nachgang erledigt werden muss. Von daher sind wir, glaube ich, kein Erkenntnisgewinn reicher mit diesem Ergänzungsantrag.

Und die Zusicherung der Verwaltung über eine Information in den Verkehrsbetrieben hatten Sie schon. Das ist, glaube ich, allen Beteiligten hier wichtig. Dem können wir uns anschließen. Daher hat sich das Anliegen für uns in dem Sinne erledigt, weil wir dort über den entsprechenden Baufortschritt und die Kostenentwicklungen ausreichend informiert werden.

Stadtrat Kehrlé (CDU): Grundsätzlich nichts gegen Transparenz bei Kosten, bei Projekten und Sonstigen. Aber wir werden den Antrag der KAL hier und heute ablehnen. Warum? Weil beides vor allem eines produziert: mehr politische Inszenierung, aber keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn. Die KAL fordert immer neue Aufschlüsselungen, neue Gremien,

neue Berichte, neue Prüfungen und sogar eine erneute Überarbeitung der architektonischen Gestaltung. Genau das steht im Antrag und im Ergänzungsantrag. Gefordert werden unter anderem weitere Kostendifferenzierungen, eine öffentliche Dauerbegleitung des Projektes und neue Angaben zu den Folgekosten. Die Stellungnahme der Verwaltung ist dazu jedoch eindeutig: Belastbare neue Zahlen gibt es erst nach Ende des zweiten Quartals 2026. Die Kosten werden laufend überprüft und fortgeschrieben. Nach der Behandlung im Aufsichtsrat kann der aktuelle Kostenstand dem Gemeinderat vorgelegt werden. Aus Sicht der VBK ist damit die regelmäßige Information des Gemeinderates gewährleistet. Mit anderen Worten: Es gibt keine Informationsverweigerung. Es gibt einen geordneten und aktuell auch einen seriösen Projektablauf.

Besonders fragwürdig ist der Ruf nach einer neuen architektonischen Überprüfung. Auch dazu ist die Stellungnahme glasklar. Änderungen an der Architektur würden mehr Kosten verursachen. Dafür gibt es keine Mittel und Gestaltungsworkshops, an denen Sie, Herr Cramer, und aber auch ich teilgenommen haben, haben bereits stattgefunden. Wer das jetzt wieder neu aufrollen will, der verzögert nicht nur, der verteuert aber auch ein Projekt.

Auch bei den Folgekosten liegt eine klare Aussage vor. Die Verwaltung rechnet weiterhin mit den bekannten Betriebskosten, fortgeschrieben über die Preisentwicklung. Erste echte Belastungszahlen wird es naturgemäß erst nach der Inbetriebnahme geben. Deshalb sagen wir deutlich: Dieser Antrag schafft nicht mehr Klarheit, sondern mehr Misstrauen. Er stärkt nicht die Steuerung, sondern belastet das Verfahren. Und er hilft dem Projekt nicht, sondern bremst es aus. Und das ist das, was die KAL eigentlich will, und das auch schon seit Beginn der Planungen.

Stadtrat Tröndle (SPD): Die beiden Kollegen haben inhaltlich schon alles abgeräumt. Der Herr Kollege Löffler freundlich und verbindlich. Der Herr Kollege Kehrlé ist etwas deutlicher geworden. Ich will jetzt nicht noch einen draufsetzen, sondern mir kommt da so der Spruch des Hosenbandordens aus dem englischen Mittelalter: Ein Schelm ist, wer Böses dabei denkt. In meinen Augen geht es auch überhaupt gar nicht darum, liebe KAL-Fraktion, diese inhaltlichen Fragen hier klären zu lassen, weil die werden ohnehin geklärt, das haben wir schon des Öfteren sowohl im Hauptausschuss als auch hier jetzt vernommen, in den Vorlagen gelesen. Es geht schlicht und einfach darum, das Projekt nicht nur zu verzögern und ausgerechnet, liebe Sonja Döring, das inklusivste Projekt, das ich mir überhaupt vorstellen kann, zu verzögern, sondern dann letztendlich auch so teuer zu machen, dass wir wirklich alle sagen müssen, das geht nicht mehr. Und dieses Spiel werden wir, und das sage ich ganz ruhig, aber lieber Herr Kollege Cramer, in aller Deutlichkeit, dieses Spiel werden wir nicht mitmachen.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Die Turmbergbahn ist das größte Infrastrukturprojekt für Durlach, und es ist ein wichtiges Infrastrukturprojekt, auch um den Verkehr auf dem Turmberg zu ordnen und einen attraktiven ÖPNV zu schaffen. Und dieses Projekt ist wirtschaftlich sinnvoll, das hat der Nutzen-Kosten-Index erbracht, der positiv ist. Da wir auf der Vorberatung im Hauptausschuss dieses Thema der Gestaltung eigentlich schon abgeräumt haben, es fanden drei Gestaltungsworkshops statt in Durlach, an einem hat die KAL auch kurz teilgenommen. Das Thema wurde abgeräumt, der Gestaltungsbeirat der Stadt hat auch kein weiteres Interesse, das aufzunehmen, fand ich jetzt eigentlich ganz spannend, dass der Änderungsantrag gekommen ist.

Ich habe auch im Hauptausschuss schon signalisiert: Auch uns ist an Kostentransparenz gelegen. Wir halten das für wichtig und richtig. Wir können diesem Ergänzungsantrag, dass die Zahlen zeitnah vorgelegt werden, der findet unsere Unterstützung. Wir sehen hier übrigens keine Verzögerungstaktik, sondern wir halten das für wichtig, dass die Zahlen offengelegt sind, damit wir dieses Projekt auch aktiv begleiten können. Und deswegen würden wir diesem Änderungsantrag, der die Zahlen regelmäßig veröffentlicht, zustimmen. Es ist natürlich schon ein Unterschied, ob die Zahlen bei den Verkehrsbetrieben im Aufsichtsrat dargestellt werden, wo auch nicht alle Fraktionen einen Sitz haben, oder ob sie dann im Hauptausschuss oder im Gemeinderat vorgestellt werden. Das würden wir unterstützen, die Kostentransparenz. Und wir würden dann auch entsprechend ablehnen. Wenn wir aber jetzt wieder anfangen, über Gestaltung zu reden, dann sind wir da nicht dabei.

Stadtrat Gaukel (Volt): Ich kann mich den meisten Vorredenden anschließen. Ich finde auch, man sieht in diesen Nachfragen oder Überprüfungen, dass es dann doch eher darum geht, man hat etwas gegen die Turmbergbahn. Das ist auch einer der klassischen Anträge, den man eigentlich hätte nicht im Gemeinderat noch mal aufrufen müssen, weil er im Hauptausschuss ausreichend besprochen wurde.

Jetzt wurden noch mal Nachfragen gestellt auf manche der Antworten, aber die Antworten sind dann doch die gleichen. Und wenn man bei der damaligen Beschlusslage aufgepasst hat, sozusagen, dann beantworten sich auch die Fragen. Es ist ein. Also von daher: Diese Kostensteigerung basiert auf diesem Indizier. Den kann dann im Endeffekt jeder von uns ablesen, der diesen Indizier googelt.

Dann zu dem architektonischen Thema. Es noch teurer zu machen, das wurde jetzt auch schon ausreichend besprochen. Ich fand es sehr spannend, dass jetzt das Staatstheater als positives Beispiel einer Baustelle genommen wurde, die scheinbare Transparenz dazu. Aber auch da ist es der Verwaltungsrat nichtöffentlich, der ist noch weniger öffentlich als der VBK-Aufsichtsrat, weil dort weniger Leute sitzen als im VBK-Aufsichtsrat. Das vielleicht dort einmal dazu genommen.

Wir haben hier in den Generalunternehmen auch diese Preisbindung, auch das schafft weniger Risiko und logischerweise eine automatische bessere Kontrolle. Auch der Kostenrahmen ist im Vergleich zum Staatstheater oder unserem Lieblingsthema Stadthalle auch ein anderer. Von daher zeigt das dann doch, dass gerade hier so ein großer Fokus ist und auch andere Anteile dieses Antrags, dass es eher ein Anti-Turmberg-Antrag ist und keine bloße Frage nach Transparenz der Kosten. Diese wurde auch jetzt schon ausreichend zugesagt. Von daher ist dieser Antrag eigentlich erledigt, wenn es nur um Transparenz geht.

Stadträtin Döring (KAL): Da muss ich doch noch ein, zwei Antworten drauf geben. Also zum einen zu den ganzen Kommentaren zu unserem Punkt 2 des Ursprungsantrags: Im Ältestenrat hatten wir sehr deutlich gesagt, dass sich der Punkt 2 für uns erledigt hat. Es scheint bei Ihnen in den Fraktionen nicht angekommen zu sein. Ich wiederhole es deshalb noch mal. Es geht uns nicht um den Punkt 2. Es geht uns nicht um eine architektonische Überarbeitung, weil wir entgegen der Wahrnehmung in Ihren Fraktionen diesen Beschluss anerkennen. Es ist ein mehrheitlicher, demokratischer Beschluss für die Verlängerung gefallen, und wir erkennen als Fraktion diesen Beschluss an, auch wenn er uns nicht gefällt.

Uns geht es jetzt darum, das Projekt kritisch zu begleiten, und deshalb möchten wir diese transparente Kostenkontrolle. Warum ich das Beispiel Staatstheater gebracht habe: Im Staatstheater erleben wir, was eine gute Projektkoordination, die auch eine entsprechende Kostenkontrolle einem Gremium gegenüber Transparenz darstellen kann, leisten kann. Wir möchten das auch für dieses Projekt, und wir möchten es aber, weil es für diese Stadt so wichtig ist, nicht nur im Aufsichtsrat der VBK, sondern wir möchten, dass diese Dinge auch dann in einem öffentlich tagenden Gremium dargestellt werden, damit auch die Menschen in unserer Stadt nachvollziehen können, was kostet uns denn dieses Projekt, welche Probleme stehen vielleicht aus. Es kann auch rauskommen, dass etwas viel besser läuft. Das möchte ich gar nicht in Abrede stellen. Aber uns geht es um eine Transparenz, auch in die Karlsruher Stadtbevölkerung rein.

Der Ergänzungsantrag war letztendlich noch mal der Versuch einer Konkretisierung. Die erste Antwort auf unseren ersten Antrag war sehr kurz. Und ich meine, jetzt haben wir schon ein bisschen eine längere, ein bisschen eine ausführlichere Antwort bekommen. Das bedeutet für uns letztendlich, also müssen wir wohl noch mehr nachfragen, desto mehr Details kriegen wir, dann vielleicht auch ein bisschen detailliertere Zahlen, wenn sie denn dann vorliegen. Genau das ist unser Anliegen. Wir möchten einfach, dass sobald diese Zahlen vorliegen, sie nicht nur nichtöffentlich vorgestellt werden, sondern auch in einem öffentlich tagenden Gremium.

Lieber Kollege Mathias Tröndle, ich weiß, ich kriege hier immer vorgeworfen, ich sei gegen ein inklusives Projekt, was Blödsinn ist. Abgesehen davon kann ich mir noch viel inklusivere Projekte vorstellen als die Turmbergbahn. Aber da mangelt es uns allen hier sicherlich nicht an Fantasie.

An Sie, Herr Oberbürgermeister: Verstehen wir die Antwort des Ergänzungsbeitrags richtig, dass Sie uns zusagen, dass diese Transparenz, diese Zahlen auch in einem öffentlich tagenden Gremium des Gemeinderats dargestellt werden und nicht nur in der VBK? Weil das wäre der Punkt, der uns einfach wirklich wichtig ist. Dass es nicht nur nichtöffentlich in der VBK passiert, im Aufsichtsrat, sondern in einem öffentlich tagenden Gremium des Gemeinderats.

Der Vorsitzende: Liebe Frau Stadträtin Döring, wenn Sie mich schon dafür loben, dass ich beim Staatstheater, und Sie können die Kombilösung auch noch gerne dazunehmen, sobald ich im Amt war, eine andere Transparenz hergestellt habe, als das vielleicht vorher der Fall war, mit dem Nebeneffekt übrigens, dass jetzt immer 1,5 Milliarden Kombilösung-Baukosten verglichen wird mit den ursprünglichen Baukosten, nicht nur dahingehend, dass es mehr ist, sondern dass wir alle umliegenden Herstellungskosten mit eingerechnet haben und deswegen die wahrgenommene Preissteigerung noch eine ganz andere ist, als wenn man die eigentlichen Positionen miteinander vergleicht. Aber ich habe damals schon zugesagt: Auch alle Rundumkosten, die nebensächlich entstehen, nehmen wir mit in das Gesamtprojekt auf. Wenn Sie das jetzt ausdrücklich loben und sowohl bei der Kombilösung gemerkt haben, dass wir es nicht nur im nichtöffentlichen Aufsichtsrat der KASIG, sondern jährlich auch immer im Gemeinderat besprechen und dass wir in den Bauausschuss des Verwaltungsrats des Staatstheaters auch die Fraktionen einbezogen haben, die gar nicht im Verwaltungsrat sitzen, dann mit diesem etwas sozusagen auffordernden Blick und Unterton, mir bitte vorzuschlagen, das sollte ich dann bei der Turmbergbahn aber bitte machen. das ist für mich schon ein bisschen eine Provokation, weil ich denke, es hätte ausgereicht,

wenn Sie sagen: „Machen Sie es da wie sonst auch“, und dann würden wir das natürlich machen.

Insofern brauche ich Ihnen das jetzt nicht so noch mal zu bestätigen, und schon gar nicht über eine Mehrheitsentscheidung hier im Gemeinderat, sondern das haben wir bei der Kombilösung so gemacht, das haben wir beim Staatstheater so gemacht, und das werden wir jetzt natürlich hier auch so tun, wenn das gewünscht ist. Und da haben wir Übung drin, das ist selbstverständlich. Nur hätten Sie mir das in einem Brief geschrieben, hätten Sie keine halbe Seite von Herrn Kinkel in der Zeitung gekriegt, und das ist doch das, wofür es Ihnen an der Stelle geht: dieses Projekt permanent wieder madig zu machen. Diese ganze aufgesetzte Transparenzforderung, die eigentlich nur Dinge berührt, die wir schon selbstverständlich bei den letzten großen Bauvorhaben machen, da bin ich wirklich persönlich angegriffen, das sage ich Ihnen. Ich finde, Sie haben es als Karlsruher Liste gut. Sie haben Inklusion überall plakatiert und Sie haben gegen die Turmbergbahn plakatiert, und mit der Turmbergbahn können Sie sagen: „Wir haben Inklusion umgesetzt“, und ohne Turmbergbahn können Sie sagen: „Wir haben die Turmbergbahn verhindert.“ Also was kann es Ihnen Besseres passieren? Sie können sich auf das, was am Ende rauskommt, immer positiv beziehen. Das ist doch eine wunderbare Geschichte. Sie kriegen alles transparent, von mir aus jedes Vierteljahr, alles kein Thema.

Natürlich haben Sie das mit dem Gestaltungsbeirat rausgenommen, aber es steht ursprünglich immer noch drin. Stellen Sie sich mal vor, wir hätten drei Bürgerbeteiligungsworkshops gemacht, was eine Gestaltungsdiskussion ist, wie wir sie noch nie hatten. Und anschließend kommt der Gestaltungsbeirat und sagt, der will alles ganz anders haben. Dann hätte ich Sie mal in Durlach erleben müssen, wenn ich sage: „KAL hat den Gestaltungsbeirat gefordert, der möchte alles anders haben, alles, was die Workshopsergebnisse haben, machen wir nicht mehr, wir machen was völlig anderes.“ Da merkt man doch, da ist eine ganz andere Intention dahinter. Das unterstelle ich Ihnen, und da rücke ich auch nicht von ab.

Sie kriegen alle Transparenz. Wir können das gerne monatlich diskutieren. Aber bitte hören Sie auf, über solche Anträge zu suggerieren, als hätten wir was gegen Transparenz, als hätten wir was gegen Mehrheitsentscheidungen und alles Mögliche. Das finde ich sehr anstrengend. Sorry, aber das musste jetzt mal raus.

(Stadtrat Cramer/KAL: Das war respektlos!)

Ja, so wie Sie mit mir an der Stelle umgehen, ist auch nicht sehr respektvoll, Herr Cramer. Also nicht heute, aber bei dem Thema. Das müssen Sie jetzt auch aushalten. Damit haben wir zur Zufriedenheit der antragstellenden Fraktionen alles zugesagt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: